



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 1. Dezember 2022
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 8. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 30. November 2022, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. **Bericht der Landesregierung zur Geldwäscheaufsicht**

Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)

hierzu: [Drucksache 20/174](#)

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Finanzstaatssekretärin Dr. Torp entgegen und kommt nach einer Aussprache überein, sich in einer der kommenden Sitzungen von Innen- und Justizministerium zu diesem Thema erneut berichten zu lassen.

2. **Bericht der Landesregierung über ein Ausschreibungsverfahren zur Besetzung der Stelle einer/eines Senatsvorsitzenden am Schleswig-Holsteinischen Obergericht und über die Besetzung der Stelle der Generalstaatsanwältin oder des Generalstaatsanwaltes des Landes Schleswig-Holstein**

Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD)

[Umdruck 20/431](#)

Die Justizministerin berichtet. Eine Aussprache folgt.

3. **Isolationspflicht abschaffen – Aus der Pandemie in die Endemie**

Antrag der Fraktionen von FDP und SSW

[Drucksache 20/118](#) (neu)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, sich dem Votum des federführenden Sozialausschusses anzuschließen.

4. **Bekämpfung von Kinderpornographie zu einem Schwerpunkt der Polizeiarbeit machen**

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/28](#)

Voraussetzungen für eine effektive Bekämpfung der Kinderpornografie schaffen

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/44](#)

Ganzheitliche Bekämpfungsstrategie gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche entwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/48](#)

Der Ausschuss beschließt, ein Fachgespräch zu den Vorlagen durchzuführen. Die Sprecherinnen und Sprecher wollen sich am Rande des Dezember-Plenums auf einen Teilnehmerkreis verständigen. Zudem wird die Landesregierung gebeten, mit Vertreterinnen und Vertretern des Landeskriminalamts sowie der Kriminologischen Forschungsstelle des Landeskriminalamts teilzunehmen.

5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/386](#)

Der Ausschuss schließt sich einstimmig dem Verfahren des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses an und empfiehlt dem Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des juristischen Vorbereitungsdienstes in Teilzeit

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 20/334](#)

Das Justizministerium berichtet, eine Aussprache folgt. Der Ausschuss bittet die Landesregierung, ihm die Ergebnisse der Verbandsanhörung zeitnah zur Verfügung zu stellen. Zudem sollen Schleswig-Holsteinischer Richterverband, Neue Richtervereinigung Schleswig-Holstein, der Deutsche Juristinnenbund und die Fachschaft Jura der CAU Kiel gebeten werden, Stellungnahmen abzugeben. Die Vorlage soll zur 2. Lesung im Dezember-Plenum angemeldet werden.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Wiedereinführung der Verkehrsdatenerhebung in § 185a LVwG

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/376](#)

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sind bis zum 14. Dezember 2022 zu benennen.

8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung (Parlamentsinformationsgesetz – PIG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, FDP und SSW

[Drucksache 20/419](#)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen bis zum 14. Dezember 2022 benannt werden.

9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/377](#)

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sind bis zum 14. Dezember 2022 zu benennen. Die Stellungnahmen sollen bis Ende Januar 2023 vorliegen.

10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Integrations- und Teilhabegesetz für Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/326](#)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, bis Ende März 2023 eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen gebeten werden, gegebenenfalls weiterführende Vorschläge zur Reform des Gesetzes beizutragen. Die Anzuhörenden sind bis zum 14. Dezember 2022 zu benennen.

11. Die Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten wirksam unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/248](#)

Fairer Lastenausgleich zwischen Land und Kommunen bei der Unterbringung Geflüchteter

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

[Drucksache 20/310 \(neu\)](#)

Der Ausschuss kommt überein, zur nächsten Sitzung am 7. Dezember 2022 den Flüchtlingsbeauftragten sowie die kommunalen Landesverbände einzuladen. Beide Vorlagen sollen für die 2. Lesung im Dezember-Plenum angemeldet werden.

12. Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Beginn der kommenden Sitzung am 7. Dezember auf 13 Uhr vorzuziehen. Zudem beschließt der Ausschuss ebenfalls einstimmig, am 8. Februar 2023 einen Reservetermin vorzusehen.

Der Vorsitzende weist auf den Termin des Kaminzimmersgesprächs der Rechtsanwaltskammer mit dem Ausschuss hin: Mittwoch, 1. Februar 2023, 18 Uhr.

Schluss: 16:50 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka